

Protest der Eltern: JETZT für Inklusion und gegen Bildungsprüzungen!

Berliner Eltern protestieren am 2. Juni 2025 gegen Prüfungen bei schulischer Inklusion und fordern mehr Unterstützung.



Pankow, Deutschland - Demonstrationen und Proteste in Berlin prägen derzeit das Bild der Bildungslandschaft, insbesondere im Hinblick auf die Rechte und Möglichkeiten von Kindern mit Behinderungen. Am 2. Juni 2025 fand eine gemeinsame Mahnwache von mehreren Initiativen, darunter das Berliner Bündnis für schulische Inklusion, Schule muss anders und Eltern gegen rechts, statt. Der Protest richtete sich gegen Einsparungen im neuen Schuljahr und die anhaltenden Abstriche bei der gemeinsamen Beschulung dieser Kinder, wie **Tagesspiegel** berichtet.

Der Anlass für die Protestaktion war eine Sitzung des Schulausschusses, die am Donnerstag um 14 Uhr stattfand, um

eine Bestandsaufnahme zur Inklusion vorzunehmen. Die Sitzung war seit Monaten vorbereitet, und alle Fraktionen hatten Anträge und Besprechungspunkte angemeldet. Die Grünen kritisierten die Rolle rückwärts des Senats in Bezug auf die Inklusion, während die Linke den aktuellen Stand der inklusiven Bildung in Berlin hinterfragen wollte. Im Gegensatz dazu konzentrierte sich die AfD auf die Absicherung der Förderzentren, während CDU und SPD Informationen über die Bedarfe und Entwicklungsperspektiven dieser Einrichtungen suchten. Besonders im Fokus der Proteste steht die geplante Einschränkung inklusiver Klassen an der Pankower Schule an der Strauchwiese.

Kürzungen im Bildungshaushalt sorgen für Unruhe

Eltern beklagen massive Kürzungen im Berliner Bildungshaushalt, die sich unter anderem auf Fahrdienste für Schulschwimmen und Schulwegbegleitungen für Kinder mit Behinderungen auswirken. Hinzu kommt eine erste Demonstration in Pankow, organisiert von der Elterninitiative der Maria-Leo Grundschule unter dem Motto **Lautwerden für Bildung**. Dieses Engagement folgte dem Besuch von Bildungssenatorin Katharina Gönther-Wönsch und Schulbau-Staatssekretär Torsten Köhne im Bezirkselternausschuss der Kurt-Tucholsky-Sekundarschule.

Ein offener Brief, veröffentlicht am 24. April 2025, kritisiert die neue Sonderpädagogikverordnung (SoPädVO) und fordert eine bessere Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung in Berlin. Diese Forderungen decken sich mit der Kritik, die am 19. März 2025 gegen den Abbau der Inklusion in Berliner Grundschulen laut wurde, insbesondere in Bezug auf die geplante Zumessungsrichtlinie für das Schuljahr 2025/26. Laut **Bündnis Inklusion** ist der Handlungsbedarf im Bereich der inklusiven Bildung dringend.

Der Druck wächst

Die Diskussion um die Schulbildung in Berlin ist in einem kritischen Zustand. Angesichts der Vielzahl an Protestaktionen und dem Engagement von Eltern und Initiativen, wie etwa den Forderungen nach einer qualitativ hochwertigen inklusiven Bildung, wird deutlich, dass der gesellschaftliche Druck auf die Politik wächst. Die Webseite des Bündnisses bietet weiterhin Informationen und Möglichkeiten zur Vernetzung für Unterstützer dieser wichtigen Sache.

Die aktuelle Situation zeigt eindrucksvoll, wie wichtig es ist, den Dialog über inklusive Bildung zu führen und gemeinsam Lösungen zu finden, um den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden.

Details	
Vorfall	Protest
Ursache	Einsparungen, Inklusion
Ort	Pankow, Deutschland
Quellen	• www.tagesspiegel.de • www.fachportal-paedagogik.de • buenndnis-inklusion.berlin

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net